Im Fokus: Arbeitsmarkt Hessen März 2022

Nele Keth, Freya Köster, Christian Kolbe

WSI – Herbstforum 2021. Solidarität in der Krise – Tagungsbericht

Vor Corona sind nicht alle gleich: Entwicklung sozialer Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt

Inhaltsverzeichnis

1. Junge Menschen, Ausbildungsmarktsituation, Bildungsungleichheit 2
2. Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt – Atypisch Beschäftigte, SoloSelbständige und Mi-nijobber:innen als doppelte Verlierer:innen 4
3. Reproduktionen von Geschlechterungleichheit – wenig Bewegung 5
4. Neue Perspektiven auf Arbeit und (un)gesicherte Arbeitsverhältnisse 6
5. Und Soziale Arbeit? Möglichkeiten einer Thematisierung – eine lange Fußnote 7

Quellen 8

Im Fokus: Arbeitsmarkt Hessen

LAG Arbeit in Hessen e.V. in Zusammenarbeit mit dem Institut für Stadt- und Regionalentwicklung (ISR) des Fachbereichs Soziale Arbeit und Gesundheit an der Frankfurt University of Applied Sciences.

Autor*innen:
Nele Keth - Projektmitarbeiterin im ISR
Christian Kolbe – geschäftsführender Direktor des ISR
Freya Köster – Projektmitarbeiterin im ISR

Vor Corona sind nicht alle gleich: Entwicklung sozialer Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt

Das WSI-Herbstforum 2021[1] mit dem Titel "Solidarität in der Krise" bot eine Plattform und Möglichkeit des Austauschs rund um arbeitsmarktrelevante Themen und gesellschaftliche Diskurse vor allem hinsichtlich der Ungleichheitsdimensionen, die durch die Corona-Pandemie in den Fokus gerückt sind. Das kann vorweg als wichtiges Ergebnis festgehalten werden: die Pandemie macht bestehende soziale Ungleichheiten sichtbar und verstärkt sie. Bei der Tagung wurden die Vorträge und Diskussionen, unter anderen, von Bettina Kohlrausch, Wissenschaftliche Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung (WSI), Bernd

[1] Siehe dazu: Knappes Gut Solidarität - Hans-Böckler-Stiftung (boeckler.de)

Fitzenberger vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Michael Hüther vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) und Roman Zitzelsberger, Bezirksleiter der IG Metall Baden-Württemberg, gestaltet. In den angebotenen Panels, in denen spezifische Themenfelder in Kleingruppen präsentiert und diskutiert wurden, waren zudem u.a. Hans J. Pongratz von der Ludwig-Maximilian-Universität, Karin Schulze Buschoff vom WSI und Ulrich Walwei vom IAB für die Inhalte verantwortlich.
Im nachfolgenden Bericht werden einige Themenschwerpunkte der Tagung dargestellt und reflektiert. Dabei fokussieren wir auf markante Themenfelder, die bereits in vorherigen Berichten Teil der Auseinandersetzung waren. Außerdem wird der Schwerpunkt auf den Inhalten liegen, die besonders starke Faktoren bzw. Auswirkungen sozialer Ungleichheit und die Veränderungen innerhalb der Arbeitsmärkte und der Gesellschaft abbilden. So legen wir das besondere Augenmerk auf folgende Inhalte, die auf der Tagung diskutiert wurden: Junge Menschen, Bildungsungleichheit und die Ausbildungssituation in der Krise; wir beschreiben, wen die Krise besonders trifft, welche Rolle atypische Beschäftigungsformen, Solo-Selbständigkeit und Minijobs spielen und ob bzw. wie sich die Geschlechterungleichheit darstellt.
Neben der Betrachtung der aktuellen Verhältnisse ist zudem interessant, welche Veränderungsvorschläge und Lösungsmöglichkeiten auf den unterschiedlichen Ebenen im Rahmen der Tagung vorgeschlagen wurden. Was ist notwendig, damit Solidarität und eine solidarische (Arbeits)Gesellschaft bestehen bleiben und wachsen können? Welche strukturellen Handlungsmöglichkeiten liegen in der Verantwortlichkeit des Sozialstaates, müssen wir Arbeit neu denken?
Abschließend möchten wir überlegen, welche Rolle Soziale Arbeit im Zusammenhang mit der ausgerufenen Krise der Solidarität einnimmt und welche Handlungsoptionen sich für Soziale Arbeit eröffnen.

1. Junge Menschen, Ausbildungsmarktsituation, Bildungsungleichheit

Wenn wir über Ungleichheitsdimensionen in der Corona-Pandemie sprechen, fällt der Blick sofort auf junge Menschen.[2] Es ist nicht neu, dass junge Menschen je nach Lebenssituation unterschiedliche Voraussetzungen zum Lernen, für das Erreichen von Schulabschlüssen und zur beruflichen (Weiter)Bildung haben. In der Krise seien diese Unterschiede größer und die Schwierigkeiten für eine Vielzahl junger Menschen erheblich verstärkt worden. Bernd Fitzenberger (IAB) sprach in seinem Vortrag deshalb unter anderem von einer Bringschuld der jungen Generation gegenüber, weil junge Menschen in der Corona-Pandemie besonderen Belastungssituationen ausgesetzt und in weiten Teilen auf sich selbst gestellt gewesen seien. Ob Azubis, die sich in Ausbildung befinden, Ausbildungs- oder Arbeitssuchende oder Schüler:innen – viele von ihnen seien nicht ausreichend geschützt und unterstützt worden. Die Folgen auszugleichen, die Situation für die junge Generation zum Positiven zu verändern, sei Teil der benannten Bringschuld.
Die prekäre Situation von jungen Menschen in Lern- oder Ausbildungssituationen zeige sich zum Beispiel beim Thema Homeschooling. Hier würden schichtspezifische Unterschiede deutlich was

[2] Kurze Anmerkung: Hochschulen und Universitäten und insbesondere die Situation von Studierenden in Pandemie-Zeiten wurde lange kaum thematisiert und ist bis heute in der öffentlichen Debatte kein ausgesprochen relevantes Anliegen.

die Verfügbarkeit der technischen Ausstattung, der entsprechenden Räumlichkeiten und der Unterstützung durch das Lebensumfeld betrifft. Bettina Kohlrausch (WSI) betont dabei die Entwicklung der Bildungsungleichheit und weist darauf hin, dass Solidarität immer auch Ungleichheitsdimensionen mitdenken müsse. Seit Beginn der Pandemie sei ein markanter Gap bei Jugendlichen in Bezug auf ihre Bildung entstanden. Die, die Unterstützung für gelingendes Homeschooling am meisten gebraucht hätten, hätten die größte Benachteiligung erfahren. Diejenigen, die bspw. durch mangelnde Beratung und Unterstützung einen möglicherweise schlechteren Abschluss machen, würden größere Hürden bei der Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt erwarten.

Bereits vor der Pandemie seien Entwicklungen auf dem Ausbildungsmarkt erkennbar gewesen, die auf Passungsprobleme und soziale Ungleichheiten in den Zugängen zu Ausbildung hingewiesen haben. Wie im Bericht Februar/März 2021 "Arbeitsmarkt im Fokus: Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt"[3] bereits diskutiert, zeigt sich auch bei den Ergebnissen der Tagungsbeiträge, dass dieser Trend durch die Corona-Pandemie verstärkt wurde. Fitzenberger betont in diesem Zusammenhang insbesondere den Rückgang der Bewerber:innenzahl (rund 8 % in 2020/21). Dies wird unter anderem auf die fehlende Unterstützung und Beratung während der Pandemie zurückgeführt. Jungen Menschen fehlte die Orientierung und gezielte Begleitung in ihrem *Ausbildungs-Findungsprozess*, weshalb einigen die Zuversicht und Motivation, einen Ausbildungsplatz anzutreten, genommen wurde. Gleichzeitig hätten Betriebe Rekrutierungsprobleme festgestellt, denn unter den Haupt- und Realschüler:innen würden nur noch 50 % eine Berufsausbildung anstreben, was einen starken Rückgang bedeute.

In vielerlei Hinsicht kann von einer Verstärkung oder Sichtbarmachung der ohnehin schon vorhandenen Problematiken durch die Pandemie gesprochen werden. So führe laut Fitzenberger die sogenannte Ausbildungskrise, verbunden mit einem Rückgang der Immigration in Krisenzeiten, zu einer Verstärkung des Fachkräftemangels in Deutschland. In diesem Zusammenhang betont auch Kohlrausch, dass gleichzeitig zu viele Menschen im Niedriglohnsektor unter prekären Arbeitsbedingungen arbeiten würden und dieser Trend zunehme. Gründe seien unter anderem, dass es in Deutschland auch ohne Ausbildung möglich ist, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Diese Menschen verblieben dann meist viele Jahre in schlecht bezahlten Bereichen unter zum Teil ausbeuterischen und höchst prekären Arbeitsbedingungen. Doch auch für Menschen mit Ausbildung sieht Kohlrausch eine Gefahr für die nächsten Jahre: Lernlücken in der Ausbildung, die pandemiebedingt hervorgerufen wurden, führten zu einer teilweise schlechteren Qualifikation der Auszubildenden. Für sie würde es nach der Ausbildung schwerer sein, einen guten Arbeitsplatz zu finden und nicht im Niedriglohnsektor beschäftigt zu sein. Es zeichnet sich ab, dass viele junge, geringqualifizierte Menschen in der Krise noch größere Schwierigkeiten, als das ohnehin schon der Fall war, zu bewältigen haben, und mit einer Verschlechterung ihrer Teilhabemöglichkeiten konfrontiert sind.

Insgesamt stehe die Politik hier vor fundamentalen Herausforderungen: Sie müsse die Ausbildungs-, Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik von Grund auf umgestalten und öffnen. Dazu gehörten vermehrt Investitionen in Nachholmaßnahmen hinsichtlich aus der Pandemie resultierenden Bildungslücken. Teil der politischen Aufgaben sei es darüber hinaus, Beschäftigungen außerhalb des Normalarbeitsverhältnisses dennoch im Sozialstaatssystem angemessen zu berücksichtigen.

[3] Siehe dazu: Arbeitsmarkt im Fokus: Passungsprobleme auf dem Ausbildungsmarkt - LAG Arbeit in Hessen e.V. (lag-arbeit-hessen.de)

2. Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt – Atypisch Beschäftigte, Solo-Selbständige und Mi-nijobber:innen als doppelte Verlierer:innen

Im nachfolgenden Teil des Berichtes thematisieren wir anhand der Tagungsinhalte Ungleichheitsdimensionen der Beschäftigungsarten und bezüglich des Geschlechterverhältnisses. Wem sozialstaatliche Maßnahmen in der Krise zu Teil wurden und wen die Krise bzw. eben jene (fehlenden) Maßnahmen zu "Verlierer:innen" gemacht hat, stellen wir, soweit auf der Tagung thematisiert und daher ohne Anspruch auf Vollständigkeit, kurz dar.
Welche Schwierigkeiten sich hinsichtlich des Arbeitens im Homeoffice zeigen, diskutierten Helge Emmler vom WSI, Josephine Hofmann vom IAO (Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation) und Yvonne Lott ebenfalls vom WSI auf der Tagung. Dabei wurde schnell deutlich, dass es in der Auslegung von Homeoffice eine gewisse Unschärfe gibt. Mobiles Arbeiten, Telearbeit und Homeoffice würden häufig miteinander vermischt. Dies wiederum hat zur Folge, dass Arbeitnehmer:innen vor einer improvisatorischen Herausforderung stünden, die für die einen leichter und für die anderen schwieriger zu meistern sei. Für jene, die die räumliche, finanzielle und technische Ausstattung haben, könne sich Homeoffice auch sehr positiv bspw. auf die Gesundheit auswirken. Jene aber, die diese Voraussetzungen nicht haben, erfahren häufig Benachteiligung durch das Arbeiten im Homeoffice, was im Endeffekt zu einer Verstärkung der sozialen Ungleichheit und zu ungleichen Bildungs- oder Aufstiegschancen führen könne. Vielen allerdings habe sich eine Gelegenheit auf Homeoffice allerdings gar nicht geboten.
Sowohl bei den Löhnen und dem Anspruch auf Kurzarbeiter:innengeld (KUG), sozialen Sicherungssystemen in atypischen Beschäftigungen und als Solo-Selbständige und auch bei der Verteilung der Care-Arbeit innerhalb einer Partner:innenschaft stoßen die Referent:innen auf ähnliche Ergebnisse: Atypisch Beschäftigte, Solo-Selbständige und Frauen in ebendiesen Beschäftigungsformen waren und sind in benachteiligten Positionen. Was heißt das im Detail?
Warum atypisch Beschäftigte von der Krise besonders getroffen sind, wird schnell deutlich: ein Arbeitsverhältnis, das nicht dem eines sozialversicherungspflichtigen Normalarbeitsverhältnisses und damit bspw. den Ansprüchen auf Kurzarbeiter:innengeld und Arbeitslosengeld entspricht, stelle in Krisensituationen wie der Corona-Pandemie keinerlei Schutzfaktoren zur Verfügung. Befristete Arbeitsverträge und sonstige Absicherungen erhöhten zudem die Wahrscheinlichkeit eines Jobverlusts.
Forschungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zeigen, dass die Zahlen der Beschäftigten mit der Krise stark zurückgegangen sind und das darin enthalten vor allem ein starker Rückgang der Minijobs mit geringer Absicherung und ein vorzeitiger Erwerbsausstieg älterer Erwerbstätiger ist. Dagegen seien sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen nur minimal zurückgegangen. Im Sommer 2020 und im Frühjahr 2021 sei die Erwerbstätigenrate wieder angestiegen.
Hinsichtlich der Einkommensentwicklung lasse sich festhalten, dass kein (kurzfristiger) Anstieg der Einkommensungleichheit zu sehen sei. Die sozialstaatlichen Maßnahmen hätten damit also einen stützenden Faktor dargestellt. Allerdings, so Kohlrausch, sei die Einkommensungleichheit vor der Krise gesunken, was vor allem daran liege, dass die mittleren Einkommensklassen eine positive Entwicklung vorweisen würden. Kohlrausch betont, dass 53% der Beschäftigten Einkom-

mensverluste in der Krise benennen würden und dass vor allem die untersten Einkommensgruppen am stärksten betroffen seien. Personen in atypischen Beschäftigungen und in Beschäftigungen des Niedriglohnsektors, also Personen, die ohnehin häufig in prekären Arbeits- und Lebensverhältnissen stecken, sind mit noch fragileren Chancen auf gesellschaftliche Partizipation konfrontiert.

3. Reproduktionen von Geschlechterungleichheit – wenig Bewegung

Bei der Betrachtung des Themas Geschlechterungleichheit kamen die Redner:innen zu folgenden Ergebnissen: Hinsichtlich der Arbeitslosigkeit lägen keine Unterschiede zwischen Männern* und Frauen* vor. Allerdings zeige sich, dass sich vorwiegend Frauen*, die in Minijobs[4] beschäftigt waren, aus diesen "zurückgezogen" und sich nicht arbeitslos gemeldet hätten. Dass der Beschäftigungsrückgang bei Frauen* (1,5%) stärker ausgeprägt sei als bei Männern* (1%), liege also dran, dass vor allem unsichere Beschäftigungsverhältnisse von der Krise betroffen seien und dass vor allem Frauen in diesen tätig seien. Fitzenberger beschreibt hinsichtlich der Lohnverdienste bzw. Einbrüche der Lohnverdienste keine Unterschiede zwischen den Geschlechtern und auch hinsichtlich der Arbeitszeiteinbrüche zeigten sich keine bemerkenswerten Unterschiede.
Von einer Retraditionalisierungstendenz sei nach Fitzenberger auch nicht auszugehen bzw. hätte sich diese nicht bestätigt. Männer hätten zunehmend Care-Arbeit geleistet. Kohlrausch bestätigt, dass die Beteiligung an der Care-Arbeit bei Männern gestiegen sei, verdeutlicht aber gleichermaßen, dass Frauen* nach wie vor und vor allem den Großteil der Reproduktionsarbeit erbringen und zusätzlich einer Erwerbsarbeit nachgehen würden. Von Gleichheit können daher laut Kohlrausch nicht gesprochen werden. Sie stellt auch in Frage, ob die Solidarität (des Wohlfahrtsstaates) in der Krise tatsächlich funktioniert habe. Denn die Forschungsergebnisse hätten gezeigt, dass im Bereich der geringfügig Beschäftigten und bei beschäftigten Frauen (was häufig ineinander übergeht) Maßnahmen wie das Nutzen von Kinderkrankentagen und Arbeitsvolumenreduzierung seltener in Betracht gezogen wurden, weil die Leute in geringfügigen Beschäftigungen in starker Abhängigkeit von ihrem Lohn und unter großem Druck stünden. Es zeige sich ein deutlicher Gender-Time-Gap[5] und Frauen* würden nachhaltig vom Arbeitsmarkt verdrängt werden, weil Strukturen wie Kurzarbeiter:innengeld für sie weniger nutzbar seien und stattdessen eher individuelle Ausweichstrategien genutzt würden. Bei Männern sei das so nicht sichtbar. Kohlrausch ist der Ansicht, es brauche eine Arbeitszeittransformation. Zudem stellt sie fest, dass das sozialstaatliche Sicherungssystem durchaus funktioniert habe, aber eben nicht allen zur Verfügung stehe. Der Sozialstaat müsse sich anpassen, sich auf einen Arbeitsmarkt einstellen, dem nicht mehr nur das männliche Normalarbeitsverhältnis zugrunde liegt. Daher gelte es darüber nachzudenken, wie es gelingen könne, unterschiedliche Arbeitszeitenmodelle und Beschäftigungsverhältnisse sozialpolitisch zu berücksichtigen.

---

[4] Siehe dazu: Januar 2021 - LAG Arbeit in Hessen e.V. (lag-arbeit-hessen.de): Arbeitsmarkt im Fokus: Corona und Frauen in Minijobs – vulnerabel wie alle und doch besonders betroffen
[5] Siehe dazu: Gender Time Gap: Arbeitszeiten von Frauen und Männern | DGB Projekt | Was verdient die Frau? (was-verdient-die-frau.de)

4. Neue Perspektiven auf Arbeit und (un)gesicherte Arbeitsverhältnisse

Die Problematiken, die die Corona-Pandemie einmal mehr verdeutlicht oder verschärft hat, machen konstruktive Veränderungen hinsichtlich der Perspektive auf Arbeit notwendig. Welche Transformationsprozesse und Handlungsoptionen sinnvoll wären, wird nachfolgend anhand weiterer Ergebnisse der Tagungsbeiträge abgebildet.
Ulrich Walwei vom IAB schlägt vor, diskretionäre Ansätze in Krisenzeiten umzusetzen, situationsbezogen zu agieren und so beispielsweise einen vereinfachten Zugang zur Grundsicherung zu gewährleisten. Gleichzeitig seien strukturelle Veränderungen bei Minijobs, der Einkommenssicherung von Selbständigen und dem Zugang von temporär Beschäftigten zu einer Arbeitslosenversicherung notwendig, um tatsächliche Solidarität zu erzeugen und Ungleichheiten – gerade in Krisensituationen – zu verringern. Auch Karin Schulze Buschoff vom WSI macht deutlich, dass Handlungsbedarf hinsichtlich sozialer Rechte insbesondere in Bezug auf die Entgeltsicherung bspw. durch Tarifverträge und die Einbeziehung Solo-Selbständiger in Sozialversicherungsbezüge notwendig seien, um diesen auch in Krisen die notwendige Absicherung zu ermöglichen und damit Prekarisierungsprozesse zu vermeiden. Außerdem müsse unabhängig von der Corona-Pandemie eine Reform der Altersvorsorge für Selbständige stattfinden. Insgesamt werde für eine sozialversicherungspflichtige Gleichbehandlung von Solo-Selbständigen und abhängig beschäftigten Personen plädiert.
Hans J. Pongratz von der Ludwig-Maximilian-Universität richtet den Blick neben den bereits benannten Themenfeldern nochmal gezielt auf die Branchen, in denen besonders viele Minijobber:innen und Solo-Selbständige tätig sind: Das Gastgewerbe und die Medien- und Kulturbranche, wodurch vor allem Frauen* von höheren Einkommenseinbußen betroffen sind. Auch Pongratz erachtet strukturelle Veränderungen und Maßnahmen hinsichtlich der sozialen Sicherung als unabdinglich, betont dabei aber auch die Schwierigkeit in der Umsetzung. Nach wie vor sei das Interesse an flexibel einsetzbaren Arbeitskräften sehr hoch und auch die Heterogenität der unterschiedlichen Branchen mache es nicht einfach, strukturelle Bedingungen so neu zu formulieren, dass sie jede Branche einbeziehen und passgenau fungieren. Pongratz macht abschließend klar, dass der Fokus auf das Normalarbeitsverhältnis nicht mehr ausreiche, der Blick auf Arbeit diverser werden müsse. Neben dem Einbezug atypischer Beschäftigungsformen müssten auch Care-Arbeit, crowdworking, informelle Arbeit, Solo-Selbständigkeit und freiwillige Arbeit Teil des Diskurses sein, sodass ein systemischer Blick entstehe, so Pongratz.
Im am Ende der Tagung stattfindenden Dialog zwischen Bettina Kohlrausch und Steffen Mau von der Humboldt-Universität Berlin, diskutieren die Gesprächspartner:innen Themen, die die Perspektive auf strukturelle Elemente des Arbeitsmarktes lenken, machen Vorschläge für den Umgang mit sich verändernden Strukturen und stoßen an, sich weiterführende Gedanken zu machen, auch im Hinblick auf Solidarität. Eine Zusammenfassung des fachlichen Austauschs kann nachfolgend einen Einblick in den Diskurs geben.
Gesellschaftliche, wirtschaftliche, arbeitsmarktbezogene und politische Faktoren, die sich überschneiden und beeinflussen, seien einem stetigen Wandel unterlegen. Damit Solidarität bestehen bleibe und verstärkt werden könne, müsse dieser Wandel aktiv gestaltet werden. Das kann, dem Dialog der beiden Redner:innen entnehmend, bedeuten, die Definition von Erwerbsarbeit und deren Einordnung neu zu denken, da, wie schon vielfach deutlich wurde, nicht mehr nur das

männliche Normalarbeitsverhältnis als Richtwert auf dem Arbeitsmarkt dienen könne. Zeigen würde sich auch, dass sich die kulturelle und soziale Bedeutung von Arbeit verändere, Arbeitssphären sich verschieben und sich in den Privatbereich (Stichworte Homeoffice, Work-Life-Balance etc.) verlagern würden. ‚Den Arbeiter' gebe es nicht mehr, weil Arbeit zum einen entgrenzter funktioniere und zum anderen eine starke Feminisierung vorliege. Diese Veränderungen bedürften Anpassungen. Wie aber können institutionelle Lösungen aussehen? Welche Regulationsinstrumente, die vormals auf das Normalarbeitsverhältnis wirkten, können auf die jetzigen und zukünftigen Arbeitsmarktverhältnisse übertragen werden? Laut der Redner:innen brauche es neue betriebliche Arrangements für Arbeit, für neue Ungleichheiten neue Formen der Absicherung, der Sozialstaat müsse sich verstärkt an die veränderten Verhältnisse anpassen. Um Solidarität weiterhin zu gewährleisten, seien soziale Sicherung, Demokratisierung und Mitbestimmung als Grundlage anzusehen. Denn, um gesellschaftlichen Fragmentierungen entgegenzuwirken, müssten Ungleichheiten aus dem Weg geräumt werden. Es brauche Regularien, die einem breiten Teil der Gesellschaft (allen!) und nicht nur bestimmten ‚Gruppen' Unterstützung im Bedarfsfall gewähren. Staatliche Leistungen müssten in Haftung genommen werden können, es müsse über das "Industriearbeitsdenken" hinaus agiert werden, denn "Do-it-yourself" – im Sinne der von Pongratz selbst und Voss entwickelten Figur des „Arbeitskraftunternehmers" - sei u.a. als Reaktion auf die Schwächen des Sozialstaates zu betrachten.

5. Und Soziale Arbeit? Möglichkeiten einer Thematisierung – eine lange Fußnote

Die Tagung bot aus arbeitssoziologischer, arbeitsmarktpolitischer und vielleicht sogar aus ungleichheitstheoretischer Perspektive Vieles von dem an, was aktuell dazu in den verschiedenen Fachdisziplinen in Gewerkschaftsnähe diskutiert wird. Was aber kann Soziale Arbeit darüber hinaus beitragen, welche fachliche Expertise einbringen, wenn von einer Solidarität in der Krise die Rede ist. Mit zwei Gedanken wollen wir schließen.

„Krise, welche Krise" fragen Christine Resch und Heinz Steinert (2009). Von welcher Krise, müssen sich die beteiligten Profis Sozialer Arbeit und erst recht die vulnerablen Gruppen in der Tat fragen, ist hier die Rede, in die die Solidarität geraten ist? Besonders Gruppen, die langfristig von sozialer Teilhabe ausgeschlossen sind oder nur unter bestimmten Bedingungen prekär drinnen im Draußen gehalten werden, müssen sich fragen, „warum gerade jetzt". Es muss anmuten wie eine selektive Solidarität, die erst angemahnt wird, wenn es Personengruppen betrifft, die sich zuvor in einer anderen Zone von Integration (vgl. Groh-Samberg 2014) befanden, die nicht Teil einer sich verfestigenden Armutspopulation sind (ebd.). Die Selektivität des wohlfahrtsstaatlichen Versprechens auf Teilhabe, auf die im Rahmen der Tagung verschiedentlich hingewiesen wurde, existierte strukturell auch zuvor, ist Bestandteil staatlicher Regulierung. Erst recht für Menschen in vulnerablen Situationen, die nur wenig soziale Teilhabe erhalten. Dazu gehören u.a. die Menschen, die nicht selten im Langzeitleistungsbezug unterstützende Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen erhalten.

„Ein politisches Mandat schreibt man sich zu“ (Cremer-Schäfer 2001). Wenn wir diese Äußerung ernstnehmen, dann bieten sowohl die proklamierten als auch die realen Krisen, Gelegenheiten. Gelegenheiten mit fachlich begründeten Mitteln etwas wahrzunehmen, was nicht selten hinter Alltag, Techniken und Verfahren in den Hintergrund tritt: das politische Mandat Sozialer Arbeit: solidarisch zu handeln! Im Vorwort eines Sammelbandes der Rosa Luxemburg Stiftung mit gleichlautendem Titel der Tagung schreibt Hawel: „Die Ende 2019 global ausgebrochene Corona-Pandemie scheint vor allem als Katalysator zu wirken, der längst gärende gesellschaftliche Krisen und Widersprüche deutlich zum Vorschein bringt.“ (2021) Anhand Cremer-Schäfers Position zur Rolle Sozialer Arbeit wäre sinngemäß zu ergänzen, dass dieses zum-Vorschein-Bringen ein aktiv zu betreibender Akt der Aneignung sein muss. Praktiker:innen der Sozialen Arbeit im Feld der Beschäftigungs- und Qualifizierungsförderung können diesen oben beschriebenen Gärungsprozess genau definieren. Ihre Kenntnis über die nicht erst seit der ausgerufenen Solidaritätskrise stattfindende strukturelle Prekarisierung von Menschen in den von ihnen begleiteten Maßnahmen gibt ihnen das Wissen und die Gelegenheit der qualifizierten Sichtbarmachung und Skandalisierung von deren Situation und fordert dazu heraus, sich das politische Mandat selbst zu geben und nicht darauf zu warten, es zugewiesen zu bekommen. Letzteres wird ohnehin kaum passieren.

Quellen

Cremer-Schäfer, Helga (2001) Ein politisches Mandat schreibt man sich zu, in: Merten, Roland (Hg.) Hat Soziale Arbeit ein politisches Mandat. Opladen, S. 55-69.

Groh-Samberg, Olaf (2014) Die Verfestigung der Armut, in: Ders./ Ferch, Siegfried (Hg.) Armut in Wohlstandsgesellschaften. Frankfurt am Main, S. 155-171.

Hawel, Marcus & Herausgeber*innen-Kollektiv (2021) WORK IN PROGRESS. WORK ON PROGRESS. Beiträge kritischer Wissenschaft. Schwerpunkt: Solidarität in der Krise. Hamburg.

Resch, Christine/ Steinert, Heinz (2009) Kapitalismus. Porträt einer Produktionsweise. Münster.